

Jürgen Kerner
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied



Grüne Jobs, faire Jobs. Arbeitnehmerrechte in der Wind- und Solarbranche

**Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit
GewerkschaftsGrün am 26./27. Oktober 2012 in Berlin**

Impulsreferat am 26. Oktober 2012 um 15.15 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0. Format und Teilnehmer
1. Grundlegende Vorbemerkung
2. Leitfragen des Veranstalters für das Podium
3. Individuelle Fragen des Veranstalters an Jürgen Kerner

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlichen Dank für die Einladung zur Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit GewerkschaftsGrün. Für die IG Metall bin ich dieser Einladung sehr gerne gefolgt.

Ich bin gebeten worden, in einem Impulsreferat die politischen Rahmenbedingungen und die Arbeitsbedingungen in den Branchen der Erneuerbaren Energien aus Sicht der IG Metall zu beleuchten.

Angesichts der gerade in der jüngsten Zeit sich mehrenden Hiobsbotschaften aus der Solarbranche möchte ich – in Abstimmung mit dem Veranstalter – diese in den Mittelpunkt meiner Ausführungen heute Nachmittag stellen. In der Diskussion und im weiteren Verlauf der Tagung kommen wir sicherlich auch auf die Windkraft zu sprechen.

Die IG Metall hält diese jungen Branchen für Leitbranchen unseres künftigen Wirtschaftens. Deshalb engagieren wir uns nachhaltig. Aber klar ist auch: In jungen“ Branchen ist immer ein starker Impuls nötig, um Mitbestimmung und faire Entlohnung nach Tarifvertrag durchzusetzen.

Die Energiewende gehört zu den zentralen Zukunftsprojekten für eine nachhaltige industrielle Entwicklung. Sie ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die nur mit einer Innovations- und Investitionsoffensive erreicht werden kann. Die Aufgaben sind technisch und wirtschaftlich lösbar. Wenn wir die Chancen richtig nutzen.

Dazu gehören:

- verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen, die nicht nur langfristige Ziele benennen, sondern auch konkrete Arbeitsprojekte entwickeln und Umsetzungsschritte verfolgen
- ein konsequentes Monitoring zur Zielerreichung und für eine transparente und nachvollziehbare Verteilung der Kosten der Energiewende

- eine Koordinierte Industriepolitik, die die Energiewende auch mit der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Branchen verbindet

Die Energiewende ist dabei für uns weit mehr als die überfällige Abkehr von der unvermeidbar gefährlichen Atomtechnik. Mit der Energiewende verbinden wir eine nachhaltige ökologische Modernisierung unserer Industriegesellschaft. Sie ist auch eine Chance für die gesamte Metall- und Elektroindustrie.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die IG Metall fordert eine koordinierte Industriepolitik für die Energiewende.

Dazu zählen zum Beispiel:

- Chancen für den Technologiestandort und Produktionsstandort entwickeln
- differenzierte Auswirkungen auf alle industriellen Branchen zu bearbeiten
- konsequentes Kostenmanagement durchsetzen
- Gute Arbeit und qualifizierte Beschäftigte als Erfolgsfaktor definieren
- Investitionen für Forschung und Entwicklung tätigen

Ich will hier nicht auf das Hickhack um das EEG eingehen. Was hier in den letzten Monaten regierungsseitig passiert ist, hat zu sehr viel Unsicherheit geführt und den Branchen Solar und Wind geschadet.

Ich freue mich aber, dass diese Verunsicherung bislang bei den Bürgern nicht durchschlägt: Erfreulicherweise hält eine große Mehrheit der Deutschen trotz steigender Strompreise den Atomausstieg weiterhin für richtig. In einer EMNID-Umfrage, die in dieser Woche veröffentlicht wurde, befürworten 72 Prozent der Bundesbürger die Energiewende.

Damit das so bleibt, ist Transparenz nötig: Wir brauchen einen transparenten, nachvollziehbaren Prozess für die Festlegung und Verteilung der

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich verrate kein Geheimnis, wenn ich darauf hinweise, dass die Erneuerbaren und damit auch die Photovoltaik in sozialer Hinsicht noch einige Hausaufgaben zu machen haben.

Im letzten Jahr haben wir erstmalig eine Umfrage unter Beschäftigten in PV-Herstellerunternehmen durchgeführt, die vor allem in den neuen Bundesländern ansässig sind. Die wichtigsten Ergebnisse finden Sie in unserer Publikation „Photovoltaik: Die Zukunft einer jungen Industrie gestalten“.

Mehr als die Hälfte der Befragten hat angegeben, viele Abstriche machen zu müssen oder nur schlecht vom eigenen Einkommen leben zu können. Nur jeder 10. wird fest angestellt. Und auch bei den Themen Arbeitszeiten, Überstunden und der Organisation von Schichtarbeit besteht dringender Handlungsbedarf.

Von Mitgliedern und Betriebsräten hören wir nicht selten von Löhnen in der Produktion, bei denen auch Doppelverdienerpaare Probleme haben dürften, ihren Kindern mehr als das Nötigste bieten zu können. Oder wie soll die Lebensführung einer Familie aussehen, wenn das Einkommen bei 7,50 Euro oder etwas mehr in der Stunde liegt?

Und ich frage: Ist das eigentlich noch sehr weit weg von dem chinesischen Niveau, das oft als Bedrohungsszenario herhalten muss? Zumal die Lohn- und Gehaltskosten bei aktuell durchschnittlich 4 bis 8% in Deutschland liegen.

Ein weitere Punkt, der wichtig ist: Schichtarbeit ist nirgends sonderlich beliebt, aber man kann sie so regeln, dass sie erträglich wird. Dass es in den PV-Betrieben kaum schlechter sein könnte, wird offenbar, wenn fast dreiviertel der Befragten mit der Schichtplangestaltung unzufrieden sind und ähnlich viele Arbeit und Freizeit bzw. Familie nur schlecht miteinander vereinbaren können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

fest steht: In der Branche besteht dringender Handlungsbedarf in Sachen Arbeitsbedingungen. Eine Industrie, die auf Dauer erfolgreich sein will, braucht engagierte Beschäftigte, die aus eigenem Antrieb zum Erfolg ihres Unternehmens beitragen wollen. Nur so entstehen Ideen, Innovation und produktives Klima.

Mit den Arbeitsbedingungen, die heute leider zu oft in den Betrieben der PV-Industrie vorherrschen, ist das nicht zu machen. Ob die PV eine Zukunft hat, hängt auch davon ab, ob es hier zu gravierenden Verbesserungen kommt.

Viele Sektoren der deutschen Metall- und Elektroindustrie sind der Beweis, dass gute Geschäfte, hohe Qualität, spannende Technologien und gute Arbeitsbedingungen ein nachhaltiges Erfolgsmodell sind.

Das muss auch in den Branchen der Erneuerbaren Energien das Ziel sein. Für diesen Weg steht die IG Metall. Hier gibt es keinen Kompromiss! Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen sind kein Geschäftsmodell.

Lassen sie mich daher noch einige Bemerkungen zum Stand der Energiewende machen und wie aus Sicht der IG Metall der wahrhaft dramatischen Situation der Photovoltaik begegnet werden kann:

Wer in Deutschland unterwegs ist, bekommt sofort einen Eindruck davon, dass es die deutsche Gesellschaft ernst meint mit der Dekarbonisierung ihrer Energieversorgung. Zehntausende von bläulich schimmernden Dächern mit PV-Anlagen und die vielerorts präsenten Windräder sind 20% erneuerbarer Strom zum Anfassen.

Damit verbunden sind fast 400.000 Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien, die Zukunft und sinnvolle berufliche Perspektiven stiften können –

soweit die Politik auch ihrer Verantwortung nachkommt und sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzt.

In der Solarindustrie stehen Unternehmen vor existenziellen Problemen. Wir brauchen die Einrichtung einer „Nationalen Initiative Solarindustrie“ unter Führung der Bundesregierung, die durch strukturpolitische Regionalprojekte ergänzt wird. Diese muss alles Notwendige zu tun, um eine Beschädigung der industriellen Substanz abzuwenden.

Benötigt wird ein Aktionsplan, der sowohl unnötige Insolvenzen kurzfristig verhindert, mittel- und langfristig wirkende industriepolitischen Maßnahmen ergreift und auf gute Arbeitsbedingungen setzt.

Die Arbeitgeber müssen sich der Verantwortung stellen. Die beste Lobbyarbeit machen sie dann, wenn sie Tarifverträge und faire Arbeitsbedingungen auf ihre Tagesordnung setzen. Nur so wird die Solarbranche auf Dauer innovations- und wettbewerbsfähig bleiben.

Leitungsbau und Netzintegration, Speicherung und Finanzierung der gewaltigen Aufgaben, das sind die Herausforderungen. Sie dürfen nicht zwischen Lobbyismus und Konzeptlosigkeit zerrieben werden, sondern müssen angepackt werden. Sie nur über die Umlage des EEG auf die Stromkunden umzuwälzen, kann nicht gelingen.

Die Energiewende muss als nationale Aufgabe angesehen werden, die nicht umsonst zu haben ist, aber Innovation fördert und mittelfristig die einzige Möglichkeit darstellt, die Energiekosten bezahlbar zu halten. Deswegen muss sichergestellt sein, dass die Belastungen und nötige Entlastungen gerecht verteilt werden. Dazu braucht es ein konsequentes Strompreis-Monitoring, an dem auch Verbände und Gewerkschaften beteiligt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

drei Faktoren müssen in Betracht gezogen werden, wenn wir die gegenwärtige Krise der PV-Industrie verstehen wollen:

1. Deutschland als Pionier- und herausragender Installationsmarkt im Kontext des Handelns der Bundesregierung
2. die Entwicklung der internationalen Wettbewerbssituation der letzten Jahre
3. der Einfluss der EEG-Förderung und die vormalig dominante Stellung im Heimatmarkt auf die deutschen PV-Unternehmen.

Zum 1. Punkt, der Rolle Deutschlands als Markt und dem Handeln der Politik:

Ich denke es ist unzweifelhaft: Dass die PV überhaupt von einer Nischentechnologie zu einem Produktspektrum für den Massenmarkt reifen konnte, hängt ganz unmittelbar mit dem Förderinstrument EEG-Förderung zusammen.

Das EEG hat über Jahre den weltweit größten Markt für PV-Anlagen ermöglicht und einen geschützten Raum geschaffen, in dem diese Technologie industriell reifen konnte und inzwischen auf der Schwelle zur Konkurrenzfähigkeit gegenüber konventionellen Energieerzeugungsarten steht bzw. sie bereits an einigen Punkten dabei ist zu überschreiten. Das EEG hat eine Industrie hervorgebracht, ist aber niemals als originär industriepolitisches Instrument gedacht gewesen.

Es geht um die Förderung von Zubau an Stromerzeugungsleistung.

Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass bis 2011 von den knapp 70.000 Megawatt weltweit installierte Leistung fast 25.000 Megawatt oder 36% in Deutschland installiert worden sind.

Erst im letzten Jahr ist es Italien das erste Mal gelungen, Deutschland von Platz 1 beim Zubau abzulösen, aber auch hier entspricht die insgesamt installierte Leistung nur der Hälfte des deutschen Niveaus.

Der stürmische Zubau in Deutschland in den Jahren 2010 und 2011 war zu einem erheblichen Teil dadurch verursacht, dass die Bundesregierung eine nicht endend wollende Diskussion um Fördermodelle und Absenkungen geführt hat.

Die im Frühjahr vorerst gescheiterte neuerliche Absenkung der Einspeisevergütung kann den deutschen Unternehmen vielleicht eine Atempause verschaffen, aber die industriepolitischen Defizite kann sie nicht lösen: Dem EEG und der Einspeisevergütung ist es egal, wo die Wafer, Zellen, Module und anderen Komponenten gefertigt werden. Zudem stellt das neue EEG-Modell eine Zäsur dar, weil der neue Fokus nicht die Förderung, sondern die Begrenzung des Zubaus darstellt. Damit sind alle Geschäftsmodelle, die auf den EEG-finanzierten deutschen Markt ausgerichtet sind, in Frage gestellt. Das ist nicht weniger als ein Systemwechsel in der Zubauförderung, ohne industriepolitische Weichenstellungen, die kompensieren könnten.

Zum 2. Punkt, der Entwicklung der internationalen Wettbewerbssituation:

Während der guten Jahre mit massiven Wachstumsprognosen und einem leicht zugänglichen deutschen Markt sind, gestützt durch industriepolitische Programme, vor allem im asiatischen Raum mit Fokus in China große Produktionskapazitäten entstanden, die das Volumen, das von den Märkten aufgenommen kann, bei weitem übersteigen. Die Folge ist ein Preisdumping, mit dem Effekt, dass gegenwärtig eigentlich kein Hersteller wirklich Geld verdient und mittelständische Unternehmen, denen die Eigenkapitalbasis oder große Kreditlinien fehlen, unmittelbar in ihrer Existenz bedroht sind. Für viele deutsche Unternehmen ist ihre Finanzierung über die Kapitalmärkte ein zusätzlich krisenverschärfendes Moment: Hedgefonds spekulieren darauf, mit fallenden Kursen Geld zu verdienen und treiben so die Aktienwerte in den Keller. Investoren, die auf kurzfristige Renditen setzen, ziehen ihr Kapital ab. Bekannten Firmen wie Q-Cells, Sovello und vielen weniger bekannten bleibt nur die Insolvenz.

In seinem Bericht zur „Lage der deutschen Photovoltaikindustrie“ des BMWi vom April 2011 schreibt das Ministerium, dass der starke Wettbewerb und die Überkapazitäten dazu führen würden, dass Standorte verlagert und Arbeitsplätze in Deutschland abgebaut würden.

Das Ministerium empfiehlt deutschen Unternehmen, mehr in F&E zu investieren und – ich zitiere – „stärker als bisher auf die Internationalisierung des Geschäfts sowie einen besseren Vertrieb“ zu setzen.

Mit Verlaub: Das wird nicht reichen in einer Situation, in der die meisten Märkte noch deutlich unterentwickelt sind.

Und es reicht auch nicht, auf die bestehende Exportinitiative Erneuerbare Energien und die Möglichkeiten für Hermeskredite hinzuweisen, wie es das Ministerium tut.

Zu fragen ist, wie diese Instrumente sinnvoll umzugestalten oder zu erweitern sind, um die Marktchancen angesichts einer Konkurrenz zu verbessern, die mit einem fix und fertigen Paket inklusive Finanzierung am Markt auftritt.

Zum 3. Punkt EEG-Förderung und Heimatmarkt

Das Verdienst des deutschen EEGs ist die Schaffung eines Marktes und damit indirekt die Entstehung einer neuen Industrie im globalen Maßstab.

Die internationale Wettbewerbssituation war solange kein Problem wie die deutschen Pionierunternehmen eine dominierende Stellung in ihrem Heimatmarkt hatten, der zugleich der weltweit bedeutendste Markt war.

Nach Zahlen des BMWi betrug der hiesige Marktanteil aus deutscher Fertigung in 2008 fast genau 60%, während es im ersten Halbjahr 2011 gerade noch 15% waren.

Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil chinesischer Produkte von 21% auf 60% erhöht.

Neben dem Systemwechsel in der EEG-Förderung hat sich unter der Oberfläche offenbar eine massive Veränderung Bahn gebrochen, die die in Deutschland produzierenden Unternehmen in diesem nach wie vor herausragend wichtigen Markt von Stars zu Kellerkindern degradiert hat. Gleichzeitig sind die meisten anderen Märkte weiterhin deutlich kleiner oder gerade erst dabei sich von einem Nischendasein zu lösen.

Gewiss, die deutschen Hersteller müssen ihre Hausaufgaben machen.

Dazu gehört sicherlich, Geschäftsmodelle jenseits der EEG-Förderung zu entwickeln oder auch die Abhängigkeit von Projektierungsunternehmen und

Großhändlern zu verringern, die offenbar zunehmend auf die etwas billigeren chinesischen Produkte setzen.

Zu fragen ist in diesem Zusammenhang auch, ob es Importbeschränkungen für PV-Produkte geben kann, deren Herstellung mit der Missachtung von Umweltstandards einhergeht, wie das offensichtlich der Fall ist bei einigen asiatischen Herstellern, die ihre Beschäftigten und die nähere Umwelt erheblichen Gefährdungen aussetzen.

Eine saubere Energieerzeugung muss auch sauber hergestellt sein, wenn sie ihren eigenen Ansprüchen genügen soll.

Wichtig ist „Chancengleichheit“ gegenüber der Konkurrenz aus anderen Industrieregionen, damit der Wettbewerb über Technologie und nicht über Lohndumping ausgetragen wird.

Die IG Metall spricht sich daher für den Ausgleich von echten Wettbewerbsnachteilen von innovativen Industrien aus, etwa für Strompreiskompensationen für die energieintensive Industrie und für die Förderung industrieller Substanz am Beispiel der Photovoltaik.

Daher muss der Kern von Industriepolitik für die Photovoltaik auf das Zusammenspiel von Forschung, Innovation und Produktion sowie das Gelingen der Energiewende in Deutschland ausgerichtet sein.

Gleichzeitig spricht sich die IG Metall für eine Strukturpolitik aus, die mehr tut als nur Industrieansiedlung mit öffentlichen Geldern zu fördern.

Das Ziel von Strukturpolitik muss sein, funktionierende und miteinander integrierte Wertschöpfungszusammenhänge auf regionaler, bundesweiter und europäischer Ebene zu schaffen, die langfristig volkswirtschaftlichen Nutzen stiften.

Im Sinne dieser ökonomischen Nachhaltigkeit fordert die IG Metall ein koordiniertes Vorgehen von Ländern und Kommunen für Installation und Betrieb von Aufdachanlagen und Freiflächenanlagen auf eigenen geeigneten Dächern und Flächen.

Schon aus eigenem Interesse muss es eine Auflage darstellen, dass die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand an in Deutschland ansässige Hersteller erfolgt.

Zusammenfassend stellt sich die aktuelle Situation sehr dramatisch dar:
Am Standort Deutschland droht nicht weniger als der Verlust eines wesentlichen Technologiestandbeins der Energiewende und die unternehmerische Basis für hochwertige Produktweiterentwicklungen.

Das gilt es zu verhindern.

Es ist höchste Zeit, dass die Photovoltaik in Deutschland nicht nur als Energieerzeugung, sondern als eine Industriebranche wahrgenommen wird. Und in dieser Branche arbeiten Menschen, die ein Recht auf gute Arbeit haben.

Wir brauchen daher eine zukunftsfähige Industriepolitik. Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft müssen zusammenwirken.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dabei belasse ich es fürs erste im Impulsreferat. Morgen werde ich im Abschluss-Panel gerne weitere Ausführungen machen.